

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei treuer Zahlung ins Haus für Post-Berlin 1.20 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellungen sind die Postgebühren beizufügen. ...

Die abgeheftenen Anzeigenblätter oder deren Namen, sowie jede Wort-Anzeige, die auch die Familien- und Organisationsangaben werden laut aufgegebenen Anzeigen-Kauf beschneidet. ...

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Antwort der Regierung.

## Neue Erklärungen.

Bei den gestrigen Verhandlungen der Arbeitnehmerorganisationen und der Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien ergab sich das Folgende:

Die Regierung erklärte, daß die Truppen, wenn irgend möglich, bereits in den allernächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrrevier zurückgezogen werden. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß ein Einmarsch der Truppen südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleichen Anordnungen hat der Reichskommissar Minister Severing getroffen.

Von der Regierung ist bereits angeordnet worden, daß die Zeitfreiwilligenformationen für ganz Deutschland, ebenso die Einwohnerwehren aufzulösen sind. Ortswehren sollen nach den von den Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschlägen gebildet werden.

Zu den Vorgängen in Wilhelmshaven, Altdorf usw. erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß gegen die Haftentlassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schubhaftgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden könne und keine Tatsachen beigebracht worden seien, die die Verhängung der Untersuchungshaft rechtfertigen würden.

An konterrevolutionäre Formationen wird keine Munition geliefert. Wenn der Nachweis, daß das doch geschieht, erbracht würde, will der Reichswehrminister die dafür Verantwortlichen Personen der strengsten Bestrafung zuführen.

Die Auffassung der Arbeitnehmerorganisationen über die Reorganisation der Sicherheitswehren wird von der Reichsregierung in Übereinstimmung mit der preussischen Regierung geteilt. Es haben im Verlaufe des Tages bereits Verhandlungen mit der preussischen Regierung über die Reorganisation der Sicherheitswehren stattgefunden.

Die Forderung der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien, die Reichswehr sofort aus der neutralen Zone zurückzuziehen, ist in der bürgerlichen Presse als eine Unterstützung des französischen Militarismus hingestellt worden. Zu dieser Behauptung haben die beteiligten Organisationen am Donnerstag abend Stellung genommen und zwei Erklärungen formuliert. Die erste, vom Gewerkschaftsbund, der K. A., dem Deutschen Beamtenbund und der S. P. D. unterzeichnet, lautet folgendermaßen:

Der Punkt 1 unserer am 6. April aufgestellten Forderungen „Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone“ darf keinesfalls so ausgelegt werden, als wollten wir damit die widerrechtliche Besetzung von Frankfurt und anderen Orten Süddeutschlands durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist weder durch den Friedensvertrag, noch durch das Vorrücken keiner Teile der Reichswehr in die neutrale Zone zu begründen. Wir verurteilen diese von Frankreich verübte Rechtsverletzung genau so wie die Reichsregierung und werden diese in ihrer Abwehr auf das energischste unterstützen.

Berlin, 7. April 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

ges. Legien.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände

ges. O. Urban.

Deutscher Beamtenbund.

ges.: M. Lange.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ges. W. Rolfenbueh.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und die U. S. P. konnten sich nicht entschließen, sich die von der Regierung vertretenen Auffassungen in dieser Frage zu eigen zu machen und gaben deshalb ihrerseits folgende Erklärung ab:

Die Auffassung des Punktes 1 der auch von uns am 6. April aufgestellten Forderungen „Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone“ ist rein aus Gründen der inneren

Politik erfolgt. Er darf keinesfalls so ausgelegt werden, als wollten wir damit die Besetzung von Frankfurt und anderen Orten Süddeutschlands durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist eine von außen erfolgte gewaltsame Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten, die wir aus schärfster verurteilen.

Berlin, 7. April 1920.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ges. H. Grippien.

Berliner Gewerkschaftskommission

ges. O. Rusk.

## Andauernder Vertragsbruch durch die Reichswehr.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters. Dagen, 7. April.

Der Arbeiterschaft des bergischen Landes ist es bereits gelungen, die von der Front zurückziehenden Truppen unter Aufrechterhaltung der Ordnung durch das bergische Land zu bringen. Diese Aufgabe ist durchaus nicht leicht gewesen, scheint jetzt aber vor ihrem Ende zu stehen, da die Zahl der von der Front kommenden Bewaffneten dauernd abnimmt. Nach Schätzung ist die Zahl der in das besetzte Gebiet übergetretenen Personen etwa 3000-4000. Nachrichten über Kämpfe in und um Essen wie überhaupt über die Kämpfe anlässlich der Einnahme der Städte in dem eigentlichen Industriegebiet sind wesentlich übertrieben. Besonders ist nirgends dem Vorrücken der Reichswehr ernsthafter Widerstand geleistet worden. Wenn trotzdem die Reichswehr schwere Artillerie gebraucht hat, wenn sie in die Städte einmarschierte, so nur um sich den Glorienschein zu verschaffen, als ob sie große Hindernisse bezwungen hätte. Für die durch das Artilleriefeuer angerichteten Zerstörungen ist nur die Reichswehr verantwortlich.

Nach den hier vorliegenden Nachrichten ist jetzt im eigentlichen Industriegebiet Ruhe und Ordnung überall vorhanden, besonders da die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft durchaus die Oberhand haben. Die Durchführung der Reichswehr aus der neutralen Zone ist jetzt also durchaus möglich. Wenn die Zurückziehung der Reichswehr aber nicht erfolgt, so anscheinend, weil die Militärs die Bildung der Ortswehren in diesen Gebieten verhindern wollen und den Gedanken des Vormarsches in das bergische Land durchaus noch nicht aufgegeben haben.

Obwohl Werder südlich der Ruhr liegt, ist es von der Reichswehr besetzt worden. Naber Dagen wart heute ein fliegender Flugblätter mit antibolschewistischem Inhalt ab, und flüchtete dadurch erneut die Erregung in Dagen. Auch die Stadt Iserlohn ist von der Reichswehr besetzt worden, obwohl sie ganz außerhalb des Gebietes liegt, daß nach Angabe der Regierung nicht von der Besetzung betroffen soll.

Das ist also ein offener Bruch der zugelegten Bedingungen für den Einmarsch der Reichswehr. Die antibolschewistische Orga hat wieder außerordentlich großen Umfang angenommen. Die verbotenen Verbündungen von Zeitfreiwilligen werden von Münster aus mit großem Nachdruck und anscheinend mit Unterstützung der Schwerindustrie betrieben. Die Nachrichten über Greuelthaten der Reichswehr häufen sich. Die Lage in Dagen hat sich besonders verschärft.

## Ausstellung der unabhängigen Arbeiterpartei Englands aus der zweiten Internationale.

H.N. London, 7. April.

Die Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow endete mit der Erklärung, dass der Anschluß, sich aus der Genfer Internationale zurückzuziehen. Der Vorschlag, sich sofort der 2. Internationale anzuschließen, wurde jedoch verworfen. Man beschloß, die Schweiz aufzusuchen, Maßnahmen für die Gründung einer sämtlichen Gruppen umfassenden Internationale zu treffen.

Amsterdam, 7. April.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß der Glasgower Kongress der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei in einer Entschiedenheit die vollständige Selbstständigkeit für Irland, Ägypten und Indien, sowie die Agitation der irischen Republik forderte.

## Geschriebene und wirkliche Verfassung.

Wie sich voraussehen ließ, geht die neueste Aktion der gewerkschaftlichen Verbände und der beiden sozialistischen Parteien dem Bürgertum sehr wider den Strich. Seine Presse erhebt die stärksten politischen und staatsrechtlichen Bedenken, ohne damit freilich ein anderes Ergebnis zu erzielen, als daß keine Unbilligkeit zur vorurteillosen Beurteilung der Situation aus dem grell beleuchtet wird.

Was soll man dazu sagen, daß den Organisationen der Vormarsch gemacht wird, sie dienen den Interessen Frankreichs und der französischen Militäristen? Wenn Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ die politische Frage aufwirft, ob die deutschen Sozialdemokraten und die deutschen Gewerkschaftler die Gewalt des französischen Militarismus vor der Welt rechtfertigen und diesem Militarismus ihre Hilfe leisten wollen, was wenn die „Deutsche Zeitung“ das Vorgehen der Arbeiterschaft als Landesverrat bezeichnet, so kann man nur im Zweifel sein, ob man mehr über die Unkenntnis oder die Böswilligkeit dieser Kritiker wissen soll. Sie haben vergessen oder wollen nicht daran erinnert sein, daß zu den Bedingungen, unter denen der Generallinien abgebrochen wurde, auch die gehörte, daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollten. Was die Regierung eine Polizeiaktion nennt, ist in unseren Augen ein militärischer Angriff, und wir haben keine Veranlassung, ihn desbesserenfalls gutzuheißen, weil ihn Frankreich inzwischen zum Anlaß für den Einmarsch in die Städte des Ruhrgebietes genommen hat.

Das um so weniger, als diese Repressalien für die deutsche Regierung nicht unerwartet kamen, sondern ihr rechtzeitig genug von Paris aus angekündigt worden sind. Es ist lächerlich, die deutschen Sozialdemokraten jetzt als Helfershelfer des französischen Militarismus hinzustellen, nachdem sie lange und eindringlich genug das Kabinett Müller vor den Maßregeln gewarnt haben, die in Paris den Entschluß zu einer Besetzung deutscher Städte auslösten.

Dazu kommt aber noch eins. Wenn der Forderung der Organisationen Rechnung getragen wird und sich die Reichswehr aus der neutralen Zone zurückzieht, so werden die Franzosen genötigt sein, die Okkupationen im Maintal zu beenden und an diesem schnellen Rückzug dürften gerade ihre militärisch denkenden Kreise keine besondere Freude haben. Dem französischen Militarismus dient in Wirklichkeit nur der, der den Feldzug im Ruhrrevier verlängert. Man stelle die Kampagne ein, wenn man ihm nicht zu weiteren billigen Triumpfen verhelfen will!

Etwas erster als der im Kriege ja schon stark abgenutzte Vorwurf des Einverständnisses mit dem Feinde sind die Verdächtigungen zu nehmen, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien eine Art von Nebenregierung aufgerichtet hätten, die das Ministerium unter einem händigen Druck halte und keine Entschlüsse zu beeinflussen suche. Die „Post“ findet es bezeichnend für die böllische Zerrüttung und Bewahrlosung unseres Verfassungsliebenden, daß ein „Konglomerat von Proletariern“ sich erlauben könne, die Regierung in dieser Weise zu bevorzugen und sie macht die an sich durchaus zutreffende Feststellung, daß unter der Herrschaft eines Kaisers „eine derartige staatsrechtliche Verfassung“ undenkbar gewesen sei. Auch weiter links stehende Blätter, wie z. B. die „Post-Zeitung“, ergehen sich in ähnlichen Klagen. Es dürften keine Nebenregierung und keine unverantwortlichen Maßgeber gebildet werden. Wer regiere oder mitregiere, müsse Verantwortung tragen. So wie es jetzt geht, geht es nicht weiter.

Auch hier haben wir es wieder mit einer höchst merkwürdigen Verkennung der Verhältnisse zu tun. Zunächst enthalten die am Mittwoch von den Organisationen aufgestellten fünf Punkte nichts, was über den Rahmen der am 20. und 22. März formulierten Bedingungen hinausginge. So weit sie sich auf die Angelegenheiten des Ruhrreviers beziehen, sind sie nur eine Art von Ausdrucks-

Die Befestigung unzuverlässiger Diszipliner und die Bestrafung der Meuterei fordern und die Einstellung organisierter Arbeiter in die Sicherheitswehr verlangen, wiederholen sie nur mit Nachdruck die Forderungen, die zwischen den Gewerkschaften und den Regierungsparteien getroffen worden sind. Etwas neues wird hier nicht geschaffen, und ein Recht zur Mäße und zum Protest hat nur der, der jenes Abkommen für einen praktisch verwirklichten Heben Papier ansah. Die Arbeiterkraft hat den Fall jedenfalls ernst genommen und sie würde sich vor sich selbst schämen müssen, wenn sie jetzt nicht auf seiner Erfüllung bestünde.

Allerdings ist damals die Regierung unter eine gewisse Aufsicht des organisierten Proletariats gestellt worden. Wir haben das mit Befriedigung hervorgehoben und wenn die bürgerlichen Parteien diese Wendung der Dinge nicht richtig erkannt haben, so ist das wahrhaftig nicht unsere Schuld. Das Kabinett Müller ist in keinen Entschuldigungen tatsächlich nicht so frei wie es das Kabinett Bauer war. Es hat die Kontrolle mit in den Kauf nehmen müssen, um überhaupt ins Dasein treten zu können. Jeder Versuch, ihr zu entfliehen, würde sich bitter rächen. Hier hilft es nicht, sich auf den Wortlaut der geschriebenen Verfassung zurückzuziehen. Die Arbeiterkraft hat sich eben eine Stellung erkämpft, von der das Verfassungsdocument nichts weiß. Ueber ihre Nebenregierung kann nur jammern, wer an dem Zustand des Staatsgrundgesetzes liebend, die im Gemeinwesen wirkenden lebendigen Kräfte außer acht läßt.

Wie war der berühmte Vortrag Bassalle über die Verfassungswesen so aktuell wie in der heutigen Zeit. Ihn mögen die Herren mit den staatsrechtlichen Bedenken nachlesen und aus ihm die Belehrung schöpfen, daß die wirkliche Verfassung eines Landes nichts anderes ist, als die tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einer gegebenen Gesellschaft bestehen. Sie werden dort auch die klassische Antwort auf die Frage finden, wann eine geschriebene Verfassung als gut und dauerhaft anzusehen ist. Nach Bassalle kann das nur dann der Fall sein, wenn sie sich mit der wirklichen Verfassung, den realen im Lande bestehenden Machtverhältnissen deckt, und er fügt hinzu: Wo die geschriebene Verfassung nicht der Wirklichkeit entspricht, da findet ein Konflikt statt, dem nicht zu helfen ist und bei dem unbedingt auf die Dauer die geschriebene Verfassung, das bloße Blatt Papier, der wirklichen Verfassung, den tatsächlich im Lande bestehenden Machtverhältnissen erliegen muß.

In einem solchen Konflikt befinden wir uns jetzt. Ihn heranzuführen zu haben, ist die Schuld derer, die die Revolution mit der Fiktion der Nationalversammlung für abgeschlossen hielten und die Entwicklung durch einen Haufen von Artikeln und Paragraphen aufhalten zu können glaubten. Die bürgerlichen Parteien haben durchaus recht, wenn sie die Unsaltbarkeit des jetzigen Zustandes verkünden. Der Konflikt muß ausgetragen und gelöst werden. Wer die Macht besitzt, muß regieren, und wer regiert, muß die Macht besitzen. Wir leben in einem Uebergangsstadium. Es kann nur eine kurze Zeit währen, bis wir aus diesen gewaltigen Verhältnissen herauskommen und sich klar erweist, ob die Arbeiterkraft die Kraft und den Willen besitzt, die Rolle einer Aufsichtsinstanz mit der der wirklichen Regierung zu vertauschen. Ist sie, woran wir unfererseits nicht zweifeln stark genug, dem Mann am Steuer den Kurs vorzuschreiben, so kann sie auch das Ruder selbst in die Hand nehmen und durch die Schaffung einer sozialistischen Regierung allen Unklarheiten ein Ende bereiten.

## Fort mit dem neuen Militarismus!

Herr Gehler, der neue Reichswehrminister, hat gestern vor Vertretern der Presse noch einmal sein Programm entwickelt. Anders hätte Herr Kossel auch nicht sprechen können. Als künftiger Vorgesetzter will Herr Gehler zwar nicht, wie Herr Kossel es angekündigt hatte, den Arbeitern die Knochen zerbrechen. Aber da er auch als Reichswehrminister aus der Bürgerliste nicht ausgeschieden ist, so denkt er nicht daran, den Militärs, die doch von seinem Fleisch und Bein sind, großes Weh zuzufügen, als ihm der Zwang der Verhältnisse gebietet.

Wir entnehmen seinen Ausführungen, daß eine größere Anzahl von höheren Offizieren, als bisher bekannt war, in die Untersuchung wegen des Rapp-Büschels verwickelt worden ist. Außer den schon genannten Generalen sind vom Amt suspendiert worden die Generale Barries und Stempel (Spandau); beurlaubt wurden die Generale v. Oden und v. Haffen, gegen den General v. Kammion und gegen eine Anzahl anderer Generale ist ebenfalls die gerichtliche Untersuchung im Gange. Als Kommandierender Generale in Breslau und Stettin sind mit ihren Stabschefs abberufen, eine Anzahl anderer Stabschefs, darunter die Majore v. Wolf, v. Dunder, v. Kalkenhausen usw. von ihren Posten entsetzt worden. In Wirklichkeit ist die Zahl der Offiziere, gegen die vorgegangen wird, außerordentlich gering. Und was das wesentliche ist: Herr Gehler hat betont, daß er ohne Offizierskorps sich die Reichswehr überhaupt nicht denken könne, daß er auf deren Plübe Rücksicht nehmen müsse, kurzum, daß er sich den Aufbau der Reichswehr nicht anders vorstellen kann, als nach dem ihm von seinem Vorgänger hinterlassenen Schema, als eine Reubildung des alten militärischen Systems.

Ueber diesen Umständen kann man heute schon sagen, daß in der Reichswehr alles beim alten bleiben wird, wenn Herr Gehler noch lange seines Amtes walten sollte. Die Reichswehr wird von ihren Offizieren als Instrument der nationalistischen und chauvinistischen Erbe gebraucht werden, sie wird eine beständige Drohung gegen die Arbeiterkraft und gegen die Republik sein, sie wird auch weiter das härteste Wehtrouen bei der Entente erzeugen. Und nicht der Reichswehrminister, ob er Kossel oder Gehler heißt, ob er sich hinterler oder löcherlcher Formen im Umgang mit den Arbeitern bedient: Die wahren Herrscher der Reichswehr werden die reaktionären Offiziere bleiben, der Reichswehrminister wird auch künftig nichts anderes als ihr Spielball sein.

Nun hat Herr Gehler angekündigt, daß die Truppen sobald als möglich in die Kasernen zurückgeführt werden sollen, und daß dann auch der Belagerungszustand aufgehoben werden könne. Wirklich seien sie zum großen Teil durch militärische Operationen noch gefesselt, ihre Rückführung in die Kasernen sei im Augenblick nicht möglich. Ihrer Neuorganisation hätten sich neue Hindernisse in den Weg gestellt. In Thüringen sei der Belagerungszustand bereits aufgehoben worden, in anderen Teilen Preußens habe seine Aufhebung unmittelbar bevor. Wie Herr Reichswehrminister, wie sollen die gesamte Reorganisation

Aus welchem Grunde wird noch immer der Belagerungszustand über Berlin aufrecht erhalten? Wird es nicht endlich Zeit, mit dieser Schande aufzuräumen?

Für die Disziplin des Reichswehrministers ist außerordentlich bezeichnend, was er über die Entwaffnung der Marinebrigade Ehrhardt zu sagen wußte. „Es sind etwa 5000 bis an die Zähne bewaffnete Männer. Wer ist bereit, diese zu entwaffnen?“ So rief der Herr aus. Daß die Arbeiterkraft dazu in der Lage ist, das weiß Herr Gehler natürlich ganz genau; aber ihm als Vertreter des kapitalistischen Bürgertums ist es natürlich ganz unsahbar, daß er die Arbeiter zur Hilfe gegen bewaffnete Räuber und Putschisten aufrufen soll. Er wird sie höchstens dann in Anspruch nehmen, wenn bei einem neuen Monarchistenputsch sein Ministerstuhl bedroht werden sollte. Inzwischen aber schiebt er sie von einem Lager zum andern; jetzt sollen sie nach dem Munsterlager kommen, wo sie in Gemahndung sich weiter organisieren und sich auf Kosten des Reiches mühen können. Erst wenn sie auch im Munsterlager sich nicht auflösen lassen wollen, will Herr Gehler Gewalt gegen sie anwenden. Dann es war die Entwaffnung und Niederwerfung von Arbeitern zu tun ist, so wandelt Herr Gehler freilich keine Kurat an. Kanonen und Minenwerfer schießt er nur gegen das Parlament aus; die gegenrevolutionäre Soldateska dagegen empfängt Andäufung, Verpflegung und Wohnung in weitgehendem Maße.

Die gestrigen Ausführungen des Reichswehrministers Gehler zeigen aufs neue, daß es höchste Zeit ist, mit dem System der Reichswehr und seinen Hördeuten aufzuräumen. Hinweg mit dem neuen Militarismus, hinweg aber auch mit allen Personen, die zu einsichtslos oder zu feige sind, um an der Befreiung dieses Schandmals des deutschen Volkes mitzuwirken!

### Ein schwacher Anfang.

Der Reichswehrminister hat an die Reichswehrgruppenkommandos 1 und 2 und an die Wehrkreiskommandos 1 bis 7 folgenden Befehl erlassen:

Es ist sofort festzustellen und telegraphisch zu melden, wo gerichtliche Verfahren gegen Unteroffiziere und Mannschaften auf Grund von Vorgängen, die mit dem Rapp-Büschel in irgend einem Zusammenhang stehen, anhängig sind. Ebenso ist zu melden, wo auf Grund der gleichen Vorgänge disziplinarische Maßnahmen oder Entlassungen im Gange sind. Solche Maßnahmen sind in jedem Falle von dem beauftragenden Disziplinarrichter nachzugehen. Zur Abwehr des Rapp-Büschels begangene Handlungen irgendwelcher Art sind als mit den hochoverläßlichen Unternehmungen vom März 1920 zusammenhängend zu erachten. Es sind daher auch die vorerwähnten Fälle auf Grund des Befehls vom 2. April 1920 sofort an die bürgerlichen Gerichte abzugeben.

## Der Sieg der Militärreaktion.

Aus dem ganzen Reiche liegt eine Fülle von Meldungen vor, aus denen hervorgeht, daß die Militärreaktion das Heft wieder völlig in den Händen hat. Während die Regierung langwierige „Untersuchungen“ darüber anstellt, welcher Offizier sich an dem Rapp-Büschel beteiligt hat, handeln die militärischen Führer. Sie kümmern sich um die Untersuchungen der Regierung verdammt wenig, weil sie wissen, daß die Regierung mit einer förmlichen Regalitätsklärung immer hinter die Fassade geführt werden kann. Das von Kossel und Lüttich gezeichnete System der Befähigung steht heute noch in voller Blüte. Alle „unzuverlässigen“ Elemente werden aus der Reichswehr ausgemergelt und als „unzuverlässig“ gelten alle diejenigen, die in den Rapp-Büschel den reaktionären Offizieren den Gehorsam verweigerten. Wie wollen wir heute nur ein paar Beispiele der allertafelstetigsten anführen:

Der Major von Engelbrechten (Reichswehrintanterieregiment 110) hat am 29. März in Bremen durch Bataillonsbefehl den Beitritt zum Republikanischen Führerbund verboten. In Stendal hat der Garnisonälteste, Major Schön, bisher beim Reichswehregiment 6 in Berlin, das gleiche Verbot erlassen. Der Unteroffizier und Mannschaften jede Propagandaarbeit für den Bund, auch außerhalb des Dienstes, untersagt und dafür die (sonderbare Begründung gegeben, der Führerbund treibe Parteipolitik.

In Tilsit wurden die Mannschaften der R.-G.-Kompanie, 2. Bataillon, Inf.-Regt. 101 am 15. März durch den Leutnant Ruminski über die neue Regierung „aufgeklärt“. Er verlangte von der Truppe, daß sie zu Rapp-Lüttich überzuwecke. Von Königsberg aus kamen gefällige Telegramme, in denen behauptet wurde, daß bereits die Truppen von ganz Sachsen, Thüringen und Bayern sich der neuen Regierung angeschlossen hätten. In Tilsit waren bereits mehrere Formationen zur neuen Regierung übergeschwenkt. Die R.-G.-Kompanie hielt aber Stand, sie wurde daraufhin entwaffnet und unter Bedeckung nach Königsberg gebracht. Von dort aus sollten sie per Dampfer abgehoben werden. Als sich keine Gelegenheit bot, kamen die Truppen nach Tilsit zurück, wurden dort in Schutzhaft genommen, später nach Jauerberg transportiert, von wo aus sie jetzt entlassen werden sollen. Ähnliche militärische Führer in Thüringen, die sich für die Rapp-Regierung erklärt und die Truppen zum Ueberbruch verleiteten hatten, sind heute noch in Amt und Würden. Nur der General Stöckel ist verabschiedet worden. Die verfassungstreuen Mannschaften aber werden in der gemulsten Weise schikaniert und verfolgt.

In Potsdam nehmen die Entlassungen der verfassungstreuen Mannschaften ihren Fortgang. Potsdam ist heute noch eine monarchistische Hochburg. Die Offiziere schimpfen und bösen gegen die Regierung noch genau so, wie früher. Die entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften liegen auf der Straße und warten verächtlich auf den Tag der Lagerung für die Truppe, die ihr die Mannschaften während der Rappage bewiesen hatten.

In Döberitz treibt die Brigade Ehrhardt nach wie vor ihr Unwesen. Sie hat auf allen Schiedeln die Krossenwächter-Tafel gesetzt, denkt nicht daran, sich auflösen zu lassen, sondern nimmt die höchste forgesetzte Reorganisation vor. Munition, Geld und Verpflegung haben ihr dank der Hilfe des Generals von Ewerdt und Besondere zur Verfügung. Die Truppenkommandantur in Döberitz, die auf dem Boden der Republik steht, muß sich von der Marinebrigade dauernd schikanieren und belästigen lassen. Während der Operationen wurden von republikanischen Mannschaften der Kommandantur von Leuten der Marinebrigade die Fensterbänke eingeworfen. Eine auf dem Dach stehende Reichswehr wurde während des Nachts heruntergeholt. Offiziere spielen bei diesen Provokationen den Antreiber. Ein Bäcker von der Wäckerlöcherne Nebenmeier, der sich während der Rappage gemeldet hatte, für die Meuterei hat zu kochen, wurde von der Marinebrigade die Nacht in Haft genommen. Er hat heute noch fest und wartet unerschrocken auf seine Befreiung.

Im Ruhrgebiet kämpft die verächtliche Reichswehr gegen Obvendfeld und das Sturmabteilung Kossel gegen die Arbeiterkraft. Beide Formationen haben von jeher auf dem Boden der Monarchie. Das Sturmabteilung Kossel ist dem Befehl Kossels zum Tode nach Ende November 1919 über die ostpreussische Grenze zu den Baltikumern geschickt, hat vorher in Graubenz die Mannschaften eines Infanterieregiments zur Meuterei veranlaßt, von Russland aus die Reichsregierung mit Schmutz beschmutzt. Nach seiner Rückkehr wurde es trotzdem nicht aufgelöst, es konnte in Berlin in voller Stärke den Rapp-Büschel mitmachen und wird nun jetzt wieder, wo sich das Blatt gewendet hat, gegen die Arbeiterkraft losgelassen.

Wir fragen die Regierung, wie lange sie diesen Zustand, der gesunde ausgedrückt, als Schweißerei bezeichnet werden muß, noch dulden will? Sie ist verpflichtet, schleunigst Ordnung zu schaffen, wenn sie sich nicht vor den Augen der ganzen Welt lächerlich machen will.

## Die Befestigung der neutralen Zone.

Die Haltung der Alliierten.

H. N. London, 7. April.

Meuter erzählt, daß der englische, italienische wie auch der amerikanische Standpunkt in der Frage der Reubefestigung der deutschen Städte der sei, sich dem Aufmarsch der deutschen Truppen im Ruhrgebiet nicht zu widersetzen, damit die Unruhen unterdrückt werden, d. h. jedoch unter der Bedingung, daß sich die Truppen sofort nach der Wiederherstellung der Ordnung zurückziehen.

H. N. Rom, 7. April.

Das italienische Kabinett beschloß, die von Frankreich unternommene Bewegung moralisch zu unterstützen, keinesfalls aber selbst daran durch irgendwelche militärischen Operationen gegen Deutschland teilzunehmen.

### Enttäuschung der Pariser Presse.

Die Pariser Blätter sind über die Haltung der Bundesgenossen sehr enttäuscht. Laut „Matin“ hegt die öffentliche Meinung in Italien ein bedauerndes Mißtrauen gegenüber Frankreich. „Wir sind hoch satt“, erklärt „Secolo“, der ganz anders sprach, als hoch im Oktober 1917 Italien nach der gleichen Seite gab. Die Haltung in Italien ist die eines Volkes, das nichts von Deutschland zu verlangen hat, nur europäische Verwicklungen befürchtet und wünscht, daß der Geist der Verständigung sich weiter ausbreitet, wie Frankreich Würde und Integrität es auch zulassen dürfte.

### Blutiger Zusammenstoß in Frankfurt am Main.

Frankfurt a. M., 7. April.

Im Laufe des Tages ist es hier verschiedentlich zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen gekommen. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es beispielsweise mittags an der Hauptwache, wo, soweit bisher festgestellt ist, seitens der Besatzungstruppen ein Kind getötet und etwa dreißig Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Frankfurt a. M., 7. April.

Infolge der Zusammenstöße heute nachmittags sind nach Mitteilung der Rettungswachen bisher sechs Tote und 35 Verwundete zu verzeichnen. Starke französische Kavallerie mit Lanzen, Maschinengewehren und aufgeschlagenem Bajonett durchsuchte die Straßen. Die Bevölkerung ist in blühenden Massen auf der Straße und äußerst erregt.

Die Gerüchte von einer Abmung Frankfurts entbehren jeder Grundlage. Der Telephon- und Telegraphenverkehr ist ungehindert.

### Befestigung Homburgs.

Paris, 7. April.

Die „Agence Havas“ meldet aus Mainz: Am Mittwoch morgen 6 Uhr ist Homburg von den französischen Truppen besetzt worden.

## Ministerernennungen.

Der Geschäftsführer der Düsseldorfer Handelskammer Dr. Brandt ist zum Wiederaufbauminister ernannt worden. Brandt gehört der demokratischen Partei an. Er stand vor der Revolution auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen und gilt als ein warmer Förderer der Schwerindustriellen Interessen seiner Heimat.

Für den noch immer unbesetzten Posten des Außenministers soll nach Witternennungen nun doch wieder der Rechtssozialist Landberg ernstlich in Frage kommen. In manchen Kreisen ist die Wahl dieses Mannes, der zu den schärfsten Gegnern der Unterzeichnung des Friedensvertrages gehörte, gerade im gegenwärtigen Moment auf Frankreich wie eine Provokation wirken würde.

## Das Ende der Einwohnerwehren.

Die Einwohnerwehren, die sich wie wir an dieser Stelle immer vorausgesetzt haben, in den Rappagen als Schutzorgane der Reaktion bedienten, geben ihrem verdienstvollen Ende entgegen. Sie müssen laut einer Note der Interalliierten Militärkommission bis zum 10. April aufgelöst werden. In der Note heißt es:

Die Einwohnerwehren können, trotzdem sie sich mit dem Charakter als rein zivile Organisationen zu umkleiden vermögen, nicht mehr erhalten werden. Welches auch immer die Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, so ist es nicht minder klar, daß ihre Bewaffnung, ihre Organisation und ihre Stärke, die dauernd auf der Höhe ihres Bestandes gehalten wird, unbestreitbar eine Mobilmachung begünstigen, die durch den Friedensvertrag verboten ist. Ueberdies besitzen verschiedene Angehörige darauf, daß die Einwohnerwehren sich häufig mit militärischen Übungen beschäftigen.

Die Note weist dann darauf hin, daß die Einwohnerwehren in Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehen. Ihre Auflösung wird deshalb bis zum 10. April gefordert. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch darauf hinweisen, daß von der Auflösung öffentlich auch die meist aus Offizieren bestehenden Regimenter betroffen werden. Diese sind für die Republik ein noch gefährlicherer Faktor als die Einwohnerwehren. Sie müssen zum Teufel gejagt werden, auch wenn es die Entente nicht verbieten würde.

# Der Vertragsbruch der Reichswehr.

Durch eine Wolff-Meldung läßt die Regierung die Nachricht verbreiten, daß die Hälfte des Zentralrates nach Darmstadt gegangen sei, nachdem er in Essen erklärt habe, daß die Massen nicht mehr in der Hand habe. Die andere Hälfte des Zentralrates soll nach Holland geflohen sein. Diese Meldung ist wie so viele Nachrichten der gleichen Art aus den letzten Tagen, erlogen. Der Zentralrat ist von Essen nach Barmen übergesiedelt, nicht weil er die Massen nicht in der Hand hat, sondern weil er durch den Vertragsbruchigen Vornarr der Regierung zu gezwungen dazu gezwungen worden war. Vor der Ueberführung erhielt er noch eine Bekanntmachung, worin es heißt:

Für die Katastrophen, welche die Unfähigkeit der Regierung, ihre Truppen zurückzuführen, haben muß, lehnt der Zentralrat jede Verantwortung ab. Er stellt nochmals fest, daß die Vorwände, die die Regierung benutzte, um ihre Truppen zurückzuführen, insbesondere die Behauptung, daß die Regierungstruppen angegriffen wurden, unrichtig sind.

Die roten Truppen und die Bevölkerung werden nochmals beauftragt, trotz des veränderten Bestehens der Regierungstruppen, alle Verpflichtungen des Heereinzustandens einzuhalten und die äußerste Ruhe zu bewahren. Insbesondere wird vor allen Akten der Sabotage dringend gewarnt, die uns mit Recht die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands rauben würde. Der Zentralrat und ihre Truppen muß jeder Vorkommnis genaugewandt, ihre Verbrechen noch nachträglich rechtsfertigen zu können.

Die Arbeiterschaft hat also alles unternommen, um die Vorkommnisse und Ministerialvereinbarungen auszuführen. Das geht aus zahlreichen Dokumenten, die uns vorliegen, hervor. Die Hauptkämpfleistung ist ein solches Extrablatt verbreiten:

In den gestrigen Verhandlungen in Münster ist es endlich gelungen, das Vorkommnis als Grundlage für eine beiderseitige Verständigung zu festigen. Es ist nicht alles so harmonisch und Ordnungsgemäß, wie es die Arbeit zu geben, alle Punkte dieses Abkommens zu erfüllen und den konstanten Friedenswillen der gesamten Arbeiterschaft zu offenbaren. Sämtliche Waffen sind sofort an die aus nur wohlorganisierten Arbeitern zu bildende Abwehrtruppe abzugeben und bleiben unter Bewachung der Arbeiter. Auch die Reichswehr hat Befehl, nichts mehr zu unternehmen und das Industriegebiet zu räumen.

Dieser Aufforderung der Kampfleistung ist auch sofort Folge geleistet worden. Auf der Essener Konferenz am 2. April wurde die Anweisung über die Ausführungen der Verhandlungen gegeben. Am 2. April, 1 Uhr morgens, wurden die Reichswehrtruppen zum Rückzug durch die Reichswehrtruppen. Dieser erfolgte zwischen 3 und 5 Uhr morgens. Um 7 Uhr morgens waren alle Truppen der Hauptkämpfleistung in Gunt und Lina gesammelt; gegen 7 Uhr fuhr der Zug bereits vom Bahnhof Lina fort, andere Mannschaften wurden auf Lastautos und elektrischen Wagen beauftragt. Der Rest, etwa 3000 Mann, marschierte bis zum Industriegebiet, dort waren sie um 8.30, ruhten aus und wurden verpflegt; um 4 Uhr nachmittags rückten sie in Dortmund ein. Abends 6 Uhr waren die letzten Truppen ihren Standorten.

Der letzte Angriff wurde von den Arbeitern am 1. April morgens ausgeführt, bevor die Abmachungen in Kraft getreten waren. Am 2. April aber hatte die Reichswehr entgegen den Vereinbarungen bereits Lina und Namens besetzt, was alle den abmarkierenden Arbeitertruppen auf die Ruhe gefolgt. Der Zentralrat hatte sich sofort beauftragt, während an den Reichsminister geandt. Dieser nannte in einem Telegramm an den Zentralrat den rechtssozialistischen Abgeordneten Osteroth dafür Zeugen, daß die Reichswehr bei Hamm angegriffen worden sei. Das ist ein Unbegründ, denn durch die Befehle von Lina und Namens ist ein Angriff auf Hamm unmöglich gemacht worden.

Eine besondere Rolle in der Beeinflussung der Regierung spielte das Zentrum und die von dieser Partei abhängigen christlichen Gewerkschaften. Um die Reichswehr zum Bruch der Vorkommnisse zu bewegen, überbrachten kirchliche Abgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer die Regierung mit telegraphischen Anfragen. Diese Beeinflussung war auch erfolgreich. Am 3. April wurde von Berlin aus folgendes Telegramm nach Essen geschickt:

„Der Vorkommnisse ist es, daß die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Reichswehrtruppe vorkommnisse muß. Denselben Standpunkt vertritt Severing, Hoff und Helm bleiben in Berlin, um Rücksicht auf die Befehle die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, damit alles klar.“

Hoff, der seinen Wohnsitz in Essen hat, gehört der Reichswehr an. In der Gewerkschaftsbewegung ist Hoff ein bekannter Name. In früheren Jahren eine bedeutende Rolle gespielt. Und dieser Mann ist jetzt Vorkommnisse der Regierung.

Die christlichen Gewerkschaftsführer haben noch ein Verlangen, um der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes in den Vorkommnisse zu lassen. Entgegen dem Befehl des Zentralrates sind in Rheinland-Westfalen und der Ballungsgebiete der Reichswehrtruppen, den Generalstreik aufzuheben, erdenn keine von neuem den Generalstreik. Insbesondere die der ganze Eisenbahnverkehr des Westens lahmgelegt werden. Die Beförderung von Kohlen, der Transport von Eisenmitteln sollte unterbleiben, dadurch ein Chaos herbeiführen und die Arbeiterschaft dem Hungertode ausgeliefert werden. Der Zentralrat erhielt darauf einen Aufschub, dem wir folgendes entnehmen:

Eisenbahner! Die genannten Verbände beschließen einen Streik auf die Gesamtbevölkerung des Industriegebietes mit Ausnahme der Eisenbahner. Dagegen müssen sich alle, besonders die Eisenbahner, fest aufstellen. Nach wie vor bleibt die Eisenbahner, den Generalstreik abzusagen. Jeder muß an seinem Teil diesem einseitigen Willen der Eisenbahner mit durchzuführen helfen und alle

gegenseitigen Handlungen, die angeht von der Reaktion, vorgenommen werden, mit allen Mitteln bekämpfen.

Dieser Aufruf des Zentralrates wurde von einer Kundgebung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Arbeiterrottes bei der Eisenbahndirektion Essen noch besonders unterstützt.

Zusammenfassend stellen wir also nochmals fest: Die Arbeiterschaft hat den festen Willen gehabt, die Vereinbarungen von Vorkommnisse und Münster auszuführen. Die Kampftruppen wurden sofort zurückgezogen, der Generalstreik wurde überall aufgehoben. Die Arbeiterschaft ist aber an der Ausführung ihres Vorhabens verhindert worden. Und nicht genug damit, haben die Führer der Zentrumsorganisationen den verkehrten Versuch unternommen, durch eine neue Proklamierung des Generalstreiks ein völliges Chaos zu schaffen. Durch diese Taktiken wird erst die „Polizeiaktion“ der Regierung in das rechte Licht gerückt.

Die am Generalstreik beteiligten Organisationen haben am Dienstag verlangt, daß aus der neutralen Zone die Reichswehr sofort zurückgezogen, und daß auch außerhalb der neutralen Zone nach der Bildung von Ortswehren der Rückzug der Reichswehr erfolgen solle. Wie berechtigt diese Forderungen sind, das geht aus der heutigen Meldung unseres Sonderberichterstatters hervor. Immer deutlicher zeigt sich, welche Absichten die Befehlshaber der Reichswehr verfolgen. Was die Regierung sich als eine Polizeiaktion vorstellt, das wird von ihnen als eine Aktion zur dauernden Rückverweisung der Arbeiterschaft betrieben. Und Herr von Watter steht noch immer an der Spitze der Truppe, Herr von Watter ist bis heute noch Vertrauensmann der Regierung. Derselbe Watter, der in militärischen Organen Inhaber folgenden Inhalts erklärt: „Denkmal, was auf Westfalens Boden kämpfen vaterlandsliebende Reichswehrtruppen aus allen Teilen Deutschlands gegen den spartakistischen Umsturz. Waffenfähige aller Stände eilt herbei und stellt sich in die Reihen. Freiherr von Watter, Generalleutnant.“ Willigt die Regierung auch diese Forderungen und wer trägt die Kosten dafür?

Die Regierung hat sich entrüstet gegen die Behauptung, daß sie in Rheinland-Westfalen einen Feldzug gegen den Volkseigenen führen wolle. Der Herr General von Watter stellt sich anders darüber, auch seine Truppen haben eine andere Auffassung über ihre Aufgabe, denn immer mehr häufen sich die Nachrichten aus den ihnen besetzten Gebieten, daß sie in unerhörter Weise die ihnen übertragene Gewalt gegen die Arbeiterschaft mißbrauchen. Mißhandlungen, Mißhandlungen, Erstickungen häufen sich. Ist es nicht verständlich, daß die Arbeiter auch aus den ruhigen Bezirken zu Tausenden nach den besetzten Gebieten strömen und sich lieber von den Engländern entwaffnen lassen, als daß sie sich den Reichswehrtruppen ausliefern? Welches Schauspiel für die Entente!

## Ein frecher Schwindel.

Vom Genossen Joseph Ernst in Hagen erhalten wir folgende Drahtnachricht:

Die Tageszeitungen bringen die Nachricht, daß ich mit dem Einmarsch der Reichswehr einverhandelt gewesen sei. Diese Behauptung, die aus der Fabrikfabrik des Wehrfeldkommandos Münster stammt, ist ein frecher Schwindel. In einem Telegramm vom 29. März an Severing und während der Verhandlungen in Münster habe ich den Einmarsch der Reichswehr mit allen Mitteln bekämpft. Um den Einmarsch der Reichswehr zu verhindern, habe ich mich erboten, an den Orten, wo die Ruhe wirklich gefährdet sei, ohne die Reichswehr mit Arbeitern die Ordnung wieder herzustellen. Severing stimmte dem zu und bat mich, zur Regelung dieser Frage noch in Münster zu bleiben. Am Morgen des 1. April kam es darüber zu einer Verständigung. Die Reichswehr sollte nicht marschieren. Unter Bruch dieser Vereinbarung hat die Reichswehr bereits in der Nacht vom 1. zum 2. April ihren Vormarsch begonnen.

Auch aus dieser Meldung geht hervor, daß die Reichswehr die Abmachungen von Vorkommnisse und Münster gebrochen und die Arbeiterschaft bewußt verhindert hat, selbst die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Schwere Schuld trifft die Regierung, die aus verlogenen Meldungen aus dem Gebiet, wozu auch die Schwindelnachricht über unseren Genossen Ernst gehört, den Einmarsch der Reichswehr bewilligt hat.

## Billigt das die Regierung?

Uns wird mitgeteilt: Der Vorsitzende der U. G. V. von Hamm-Sock, Genosse Rudolf Kuntz, ist auf Grund einer Verhaftung von alldieser Seite hin ohne einen Postbefehl von Reichswehrsoldaten in Schutzhaft genommen worden. Unter Genosse stand auf dem Boden der Vorkommnisse und hat an seiner Kommandierung teilgenommen. Die von Parteigenossen getroffenen Maßnahmen zu seiner Freilassung sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Billigt es die Regierung, daß die Reichswehr im Ruhrgebiet Verhaftungen auf eigene Faust vornimmt?

## Der ehrenwerte Rektor der Un'ersität!

Professor G. H. Nicolai, gegen den Rektor und Senat der Berliner Un'ersität wegen seiner passifischen Gesinnung ein unerbittliches Tendenzurteil erlassen hatten, wendet sich jetzt in einer Erklärung im „Vorwärts“ gegen den Rektor Eduard Meyer. Gatten wir fröhlich die eigenartigen Vorgänge vor und während des Verfahrens gegen Nicolai geteilt. — Die übrigen von den sonst so eifrigen Un'ersitätsbehörden noch nicht bemerkt worden sind —, so weist diese Veröffentlichung noch ein ganz besonderes Licht auf die persönliche Ehrenlosigkeit des höchsten Würdenträgers der Berliner Un'ersität. Demnach hätte Rektor Nicolai gegenüber erklärt, er habe aus den Akten gesehen, Nicolai sei gar kein Deserteur, er hätte unabhängig gehandelt, er sei bereit, ihn zu schützen, und zu verzeihen, es müsse ihm doch angenehm sein, vor seinen Kollegen freigesprochen zu werden.“ Nachdem der Rektor so die Protokollunterschrift Nicolais erreicht habe, sei er im Senatsurteil gegen ihn aufgetreten. Nicolai bezeichnet Ed. Meyer mit Recht als einen „agent provocateur“.

Wir können den Herrn Eduard Meyer, diese Herde der Berliner Un'ersität, schon längst in seiner ganzen Ehrenlosigkeit während des Rapp-Rutjes unterstellt er sich bekanntlich

der „neuen“ Regierung, die die demokratische Regierung dank des Generalstreiks wieder im Sattel sah, ist er so, als ob nicht geschieden wäre und sich durch öffentlichen Anschlag verkünden, daß die Studenten, die sich der verfassungsmäßigen Regierung als willkürliche zur Verfügung gestellt hätten, in ihrem Studium nicht geschädigt werden sollten. (1)

Und ein solcher Ehrenmann, gebildet durch die Verleumdung bezichtigt, und des Hocherrats verdächtig, darf noch Rektor einer staatlichen Hochschule der deutschen Republik sein!

## Helferich hält auf.

Herr Helferich ist stolz. Er will die Kosten des Erzbergerprozesses allein tragen und weiß das Angebot seiner Freunde, den Ringelbeutel für ihn zu schwingen, so dankbar er auch über Bestimmung zu würdigen weiß, zurück. Aber die Hilfsbereiten sollen doch nicht umsonst ins Portemonnaie gegriffen haben. Der tapfere Drachentöter will die eingezogenen Beträge verwenden, um der Arbeit über die Zustände, um deren Aufklärung und Abstellung es mir bei meinem Vorgehen gegen Erzberger allein zu tun war, im deutschen Volke die weiteste Verbreitung zu geben. Das betrogene und ausgebeutete deutsche Volk muß erkennen, in welche Hände es geraten ist.

Ob das betrogene und ausgebeutete deutsche Volk diese Hände mit denen des Herrn Helferich und seiner Clique vertauschen will, ist freilich eine andere Frage.

## Die ostpreussische Bende.

Und wird geschrieben:  
Deutschland jenseits des polnischen Nordosts, insbesondere aber Ostpreußen, gleicht einem Meeresspiegel. Die gesamte Bevölkerung ist von den Reaktionen betroffen worden; nicht zum Schutze der Republik! Die Dinge liegen hier so, daß, wenn die Reichsregierung nicht hiermit eingreift, Ostpreußen das vollständige Internement sein wird. Die gesamten ostpreussischen Behörden sind in den Händen reaktionärer Beamten. Herr Winzig hat alles getan, um die Macht zu halten; nur Konterzele und hochhabige Herren sind von ihm zu Guts, Amts- und Ortsverwaltungen gemacht worden. Diese können nur ein Ziel, das ist nämlich, das die Rapp-Verträge in Berlin zu verwirklichen unternehmen. Für die dritte Welle der Landbevölkerung gilt Rapp immer noch als Sieger. Doch er schlägt bei samt seinen Kumpanen hat die Provinzpresse ihren Lesern bis zum heutigen Tage völlig unterschlagen. Der Kommandant der Reichswehr in Elbing, Major Nowak, ging sogar soweit, die Rede des verstorbenen Reichsministers Severin in der Stuttgarter Tagung der Nationalversammlung für gefälscht zu erklären.

Die Reichswehr steht völlig unter reaktionärem Einfluß. Das ganze Offizierskorps ist reiflich monarchistisch verweilt. Überall giebt die Soldaten unter dem Gehänge von Heil dir im Siegerkranz mit wehender schwarz-weiß-roter Fahne durch die Straßen, nicht nur in den kleinen Landorten, sondern auch in größeren Industriestädten wie Elbing. Der verächtliche Besatzungsquartier, der in Ostpreußen noch besteht, gibt den Militärs die vollkommenste Belegenheit, auch brutale gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorzugehen. Unabhängige Sozialdemokraten werden in Schutzhaft genommen, weil sie bei den Gemeindevorständen für andere Wahlen optiert, so in Tolkmitz. In Elbing nahm man eine 78jährige Frau in Schutzhaft, weil man bei ihrem Sohn ein kommunistisches Flugblatt fand.

In der unerhörtesten Weise geht das Militär gegen die Arbeiterschaft vor. Obwohl z. B. in Elbing vollständige Ruhe herrscht, ließ der Militärbesehlshaber Major Nowak, erklären, daß bei Zusammenstößen von Truppen und Zivilisten sofort von Handgranaten und Schusswaffen Gebrauch gemacht würde. Schießschüsse gäbe es fortan nicht mehr. Das monarchistische Militär wird trefflich unterstützt von der ebenfalls reaktionären Beamtenschaft. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, die vor einigen Monaten neu gewählten unabhängigen sozialistischen Stadträte in Elbing noch bis heute nicht bestärkt.

Nur haben sich einwilligen die Behörden und das Militär auf den Boden der verfassungsmäßigen Regierung gestellt; aber nur, um im günstigsten Augenblick wieder gegen sie loszuschlagen zu können. Alle Augenblicke denken auf diese Weise hin. Wenn hier nicht gründlich aufgekühlt wird, dann wird die Regierung an Ostpreußen noch ihr blaues Wunder erleben.

## Wirkungen des Alkohols.

Bekanntlich haben die Vereinigten Staaten seit einiger Zeit unter dem Verbote des Ausdranks und Vertriebes von alkoholischen Getränken. Über die Wirkungen dieser gesetzlichen Abstinenz veröffentlicht nun das statistische Amt der nordamerikanischen Stadt Detroit, die nach eine Million Einwohner zählt, interessante Details. Die Gesamtzahl der Verhaftungen betrug in der Periode 1917/18 60.000, in der alkoholischen Periode 1918/19 26.812; sie weist also eine Abnahme von 54 Proz.; die Zahl der Angriffe auf Personen betrug in der alkoholischen Periode 1917/18 100, in der alkoholischen Periode 1918/19 43, d. h. um 57 Proz.; die Zahl der Todesfälle infolge von Totschlag betrug 107 auf 19 und die der Untertreibungen von Familien von 12.074 auf 9157.

EXPEDITION BREITENBURG  
**FREIE WELT**  
ILLUSTRIRTE WOCHENSCHRIFT  
DER  
**USPD**  
LEBENSGEFÄHRLICH  
SPANNEND  
HEUTE NEU!

**Achtung!**

Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr,

**Achtung!**

findet in der Bögow-Brauerei, Prenzlauer Allee die

# Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlin

statt.

## Tagesordnung: Die politische Lage.

Der Aktions-Ausschuss

Eintritt haben nur die Delegierten der Industrie-Gruppen.

### Theater und Vergnügungen.

**Volksbühne**  
Theater am Hohenhof  
7 Uhr: Nach Damaskus  
Freitag 7 Uhr: Nach Damaskus

**Neues Volkstheater**  
Köpenicker Str. 68.  
7 Uhr: Die Hoffmann auf Seron

**Senats-Theater**  
Oderpark  
8 1/2 Uhr: Othello.  
8 1/2 Uhr: Der Kronprinz

**Deutsches Theater**  
7 Uhr: Die Dame Kobold.

**Remmers-Platz**  
7 1/2 Uhr: Gabriel Sullins Flicht

**Großes Schauspielhaus**  
Karl-Liebknecht-Platz  
7 1/2 Uhr: Der weiße Heliand

**Königsplatz**  
Carl Hübner - Hof, Bernauer  
Theater L. 2.

**Königsplatz**  
3 1/2 Uhr: Sie

**Komödienhaus**  
3 1/2 Uhr: Der Herr Minister

**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

**Lessing-Theater**  
Direktion: Victor Barnowsky  
7 1/2 Uhr: Pygmalion

**Deutsches Kunst-Theater**  
7 1/2 Uhr: Menagerie

**Trianon-Theater**  
7 1/2 Uhr: Myrrha

**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Die Raschhoffs**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Neues Operettenhaus**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Walhalla-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Gesno-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Apollo-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Königsplatz-Kasino**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

**Circus Busch**  
7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel

### Neues Volkstheater

Köpenicker Strasse 68.  
Untergrundbahn: Inselbrücke, Stadtbahn: Jannowitzbr.

### Das Paradies

Tragedie von Hans J. Reblisch.  
Spielleitung: Helmut Goldberg.  
Hauptrollen: Ida Grise, Alfred Heiler, Gard Frische, Paul Horn, Erich Otto, Erich Pabst, Hans Helrich v. Twardowski.

### Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonom

erklärt bezgl. eines kürzlich in der 'Freiheit' erschienenen Interview, daß die betr. Veranstaltung nicht von ihr, sondern lediglich von einer kleinen Gruppe angeht, die keinerlei Beziehungen dazu besitzt, ihren Namen zu führen. Der Zweck der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonom besteht nicht in der planmäßigen Veranstaltung von Vorträgen, sondern in der planmäßigen Erhaltung von Vorträgen, zumeist in Form von Nachschulungen gehalten werden. Sie ist kein Diskussionsklub, sondern eine Arbeitsgemeinschaft zur systematischen, wissenschaftlichen Erforschung der Mittel für die Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft.

### Baustellen

Parzellen mit und ohne Waldbestand  
Gemeinde Neiggolse am Schulzendorf  
beste Anlage für Ersparnisse

M. 800  
M. 100

### Berliner Bodenverein

Mittestraße 55  
An Ort und Stelle durch Herrmann, Herweg 8.

### Freie Welt

Reicher humoristischer Inhalt  
Neuer Preis: Heft 50 Pfennig

### Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden  
C. Weissert, Invalidenstr. 147  
I. Etage, Ecke Bergstraße.

### Spezial-Arzt

für alle Geschlechtskrankheiten.  
Harn-, Prostataleiden, Blutergüsse, Salvarsan-Kur.  
Behandlung schnell, sicher, ohne Boraxlösung, billige Preise.  
Dr. med. Lomster, Sprechzeiten 10-12, 4-7 u. 8-10-12  
Brunnenstr. 185. (Rosenthal-Platz.)

### Spezial-Behandlung

v. Geschlechts, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Pflanzen-Behandlung, Elektr. Durchleuchtung, Bestrahlung, Gezielte Wärmebehandlung für Damen und Herren. **Alexanderplatz**  
Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-6, Sonntag 9-11.

### TRAURINGE

DUKATENGOLD 900  
14 kar. Gold 100 gestempelt, 8 kar. Gold  
in allen Preislagen.  
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE  
Goldwaren-Fabrik

### Weinstock a. m. b. H.

Berlin, Mohrenstraße 16  
am Untergrundbahnhof Friedrichstraße  
Alexandrastraße 14, nahe Jannowitzbrücke,  
Kottbuser Damm 24,  
Charlottenburg, Stussener Platz 5 und  
Schöneberg, Grunewaldstraße 19.  
Achtung! Kein Laden.

### N. P. D. (Spartakusbund)

Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr  
Schulhaus, Wartenbergstr. 7

### Öffentliche Volksversammlung

Tagesordnung:  
Die politische Lage und die N. P. D.

### Verband der Bäcker, Konditoren u. v. Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Berlin.

### Urwahl zum Verbandstag

Sonntag, den 11. April von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr findet in nachstehendem Saale die Wahl statt:  
Saal in Charlottenburg: Restaurant Helgoland, Mittelallee 70.  
Wedding: Restaurant Germania, Westfälische Str. 74.  
Nordend: Restaurant Germania, Thurnstraße 70.  
Nord-City: Hotel Hils, Tempelhofer Damm 71, nahe bei Tempelhofer Weid.  
Ostend: Restaurant Hils, Tempelhofer Damm 71 (Hilfen-Platz).  
Süd-City: Restaurant Hils, Tempelhofer Damm 71 (Hilfen-Platz).  
Westend: Restaurant Hils, Tempelhofer Damm 71 (Hilfen-Platz).  
Westend: Restaurant Hils, Tempelhofer Damm 71 (Hilfen-Platz).  
Westend: Restaurant Hils, Tempelhofer Damm 71 (Hilfen-Platz).

### Nur kein Neid!

Kupfer - Messing  
Reinzinn - Blei  
A. t. Zingeschirre, Sierschlangen  
Quecksilber  
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen  
Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17  
nahe Wertheim (Meritzplatz)

### Brillanten, Perlen, Gold- u. Silberbruch

kauft zu höchsten Preisen  
C. Käferle, Frankfurter Allee 277, I.  
Sonntags bis 4 Uhr.

### Metalleinkaufsstelle

Neukölln, Schillerpromenade 23  
zahlt die höchsten Tagespreise

### Metalleinkaufsstelle

Ostend, Androssstr. 33, nahe der Markthalle  
kauft die höchsten Tagespreise für  
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

### Für Altmetalle

jeder Art, Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.  
zahlt noch immer  
die höchsten Tagespreise  
Zimmermann, Alte Jakobstr. 56 u. Waldemarstr. 28.  
Bei Anruf Moritzstr. 47. Anhebung gratis

### Achtung!

die bekannten hohen Preise für  
Alt-Metalle, Eisen,  
Zeitungs-papier (gebündelt)  
zahlt  
Schönhauser Allee 158 a  
und Britz, Bürgerstr. 64/65

### Wir zahlen nach dem neuesten Preiskurs schon für

Platin Mk. 180,-  
Die Preise sind telefonisch und hängen  
täglich in unserem Bureau aus.  
Zahnärztliche Charlotenburg,  
Fritschstr. 46 von 11, 9-1 und 3-6.

### Robbaare 10,- bis 20,- Mk. per kg

Kaninchenfelte, Kupfer, Messing, Blei, Zink,  
sowie noch ausfindige Preise.  
Produktionlager Denn, Münzstr. 8  
Sonntags geschlossen.

### Deutscher Bauarbeiterverband

Verein Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der  
Kollege  
**Alex Groth**  
(Bezirkl. Johannisthal)  
verstorben ist.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der  
Kollege  
**Hermann Noack**  
am 17. März durch  
Schußverletzung ver-  
storben ist.

Die Beerdigung findet  
am Donnerstag, den  
8. April, mittags 1 1/2 Uhr,  
von der Halle des städtischen  
Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Der Vorstand.

### Kupfer

Messing  
Zinn  
Sämtl. Metalle  
Quecksilber  
Platin  
Gold-  
Silber-  
Abfälle  
Zahngelisse  
kauft zu riesig  
hohen Preisen  
in unseren  
6 Einkaufsstellen

Metall-Zentrale  
1. Brunnenstr. 21  
am Rosenthaler Platz  
2. Fernstraße 43  
am Weddingplatz  
3. Beusselstr. 29  
nahe der Tempelstraße  
4. Bahnhofstr. 2  
Ecke Schönberger Str.  
am Anhalter Bahnhof  
5. Neukölln  
Kais.-Prinz.-Str. 229  
nahe Hermannplatz  
6. Weidenweg 72  
am Hallesplatz.

### Beste Herren- und Damenstoffe

M. Gruber, D. a. Rosenthaler D. u. Hallesplatz 151

### Offene Stelle

Verkäuferin  
für die Abteilungen  
Mädchen- u. Knabenkonfekt  
Sportartikel  
Bilder  
sehr gesucht.  
Meldungen von 11-12 Uhr vormittags

### Kaufhaus des Westens

Berlin W 50,  
Tauentzienstraße 21-

### Arbeitersekretär vom Gewerkschaftsrat

Selbst in Ober-  
geleitet, der gleichzeitig die Funktionen eines  
technischen Zeichners zu übernehmen hat.  
Bewerber mit technischer Ausbildung und  
Befähigung, welche ihre Tätigkeit mit  
angenehmen bis 10. Juni unter Angabe  
besten Tätigkeits nach hiesigen Verhältnissen  
aufsuchen einen Arbeitersekretär an die  
Ehrenr. Heisch, Selbst  
Gartenstraße 33, rufen. Gehalt nach  
Einkommen des Bezirkl. Arbeitervereins.  
Hierzu sind nur auf eine hiesige Tätigkeit

### Elektrische Kabel- und Litzen

Dynamo-Kabel  
Kabel- und Litzen  
Kabel- und Litzen  
Kabel- und Litzen

### Freundlich

Mirschair, 37  
Hof, Ouerbach, III Tr.

### Zeitungs-papier

fest gebündeltes  
über höchsten Tagespreis  
kauft täglich  
Berlin SO 33, Cuvrystraße  
Tel. Koenigs 792 und Reich 1-800  
Sprechzeiten:  
Püdderstraße 33, Wrangelstraße 7  
Fest- und Befehlsungen werden hier  
Willy Sey